

Fragen

**für die Fragestunde der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Mai 2015**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 28	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 16
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	4, 5	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	12, 19	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	29, 30
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	17, 18	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Höger, Inge (DIE LINKE.)	1, 2	Renner, Martina (DIE LINKE.)	26, 27
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 15	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	20, 21	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	24, 25
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	22, 23		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
Wie positioniert sich die Bundesregierung zur Frage der eventuellen Beschaffung von Munition mit abgereichertem Uran durch die Bundeswehr vor dem Hintergrund entsprechender Überlegungen des ehemaligen Planungsstabchefs im Bundesministerium der Verteidigung Hans Rühle (WELT am SONNTAG vom 26. April 2015)?

2. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
Welche Abstürze, „kontrollierten Landungen“ oder sonstigen Zwischenfälle mit Sach- oder Totalschäden haben sich seit September 2014 mit Drohnen der Bundeswehr und der Bundespolizei ereignet (Bundestagsdrucksache 18/2684), und welche ähnlichen Vorkommnisse ereigneten sich anlässlich der Vorbereitung einer Anfang Juni 2015 geplanten „Heeresausbildungswoche“, zu deren Anlass das Eutiner Aufklärungsbataillon sechs Aufklärungsdrohnen in einem eigens eingerichteten Sperrgebiet getestet hatte (Ostholsteiner Anzeiger vom 26. April 2015)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welchen Überprüfungs- bzw. Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung bezüglich des Blutspendeausschlusses von Männern, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM), im Hinblick auf die Vorgaben des Gerichtshofs der Europäischen Union in der Rechtssache Léger (Urteil vom 29. April 2015, C-528/13) angesichts dessen, dass Blutspenden in Deutschland routinemäßig mit Antigen-, Antikörper- und PCR-Tests auf Hepatitis A, B und C, HIV 1 und 2, Syphilis und andere Krankheitserreger untersucht werden und eine Befragung zum Risikoverhalten darüber hinaus möglich wäre, und was unternimmt die Bundesregierung, um wirksame Techniken zu entwickeln bzw. bereitzustellen, die den diskriminierenden Blutspendeausschluss von MSM in Zukunft entbehrlich machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

4. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wann plant die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag den – von den Fraktionen von CDU/CSU und SPD eingebrachten und vom Deutschen Bundestag angenommenen Antrag auf Bundestagsdrucksache 18/3041 – geforderten Entwurf für ein Rechtsbereinigungsgesetz zur Umstrukturierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) vorzulegen, und warum wurde die im genannten Antrag der Koalitionsfraktionen enthaltene Frist Ende März 2015 nicht eingehalten?
5. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand des Berichts über die 18 Reviere und ihre jeweiligen internen Zuschnitte sowie des Berichts über die Priorisierung der Investitions- und Erhaltungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der Vorbereitungen zum Bundesverkehrswegeplan sowie des Berichts über den Netzzustand, deren Vorlage an die entsprechenden Fachausschüsse der vom Deutschen Bundestag angenommene Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD (Bundestagsdrucksache 18/3041) bis Ende Juni 2015 gefordert hatte, und wann wird dieser Bericht dem Deutschen Bundestag vorgelegt?
6. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bezugnehmend auf die Antwort der Bundesregierung vom 28. April 2015 auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/4774 frage ich die Bundesregierung, wie der konkrete Zeitplan für die Ergänzung des § 8 des Luftverkehrsgesetzes lautet?
7. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Urteile bezieht sich die in der Antwort der Bundesregierung genannte höchstrichterliche Rechtsprechung vom Bundesverwaltungsgericht, und welche Grundsätze sind hier konkret gemeint?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

8. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele Langzeitarbeitslose wurden seit dem Start des Programms „Stromspar-Check PLUS“ zu Stromsparhelfern ausgebildet, und wie viele Haushalte erhielten bislang den Zuschuss von 150 Euro für den Geräteaustausch im Rahmen des Kühlschrank-Abwrackprogramms für einkommensschwache Haushalte?
9. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über geplante oder laufende Verfahren zur Laufzeitverlängerung ukrainischer Atomkraftwerke – beispielsweise durch Informationen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (vgl. Bundestagsdrucksache 17/9703) oder der mit der ukrainischen Atomaufsichtsbehörde zusammenarbeitenden Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, die in erster Linie als Sachverständigenorganisation des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) tätig ist (vgl. BMUB-Pressemitteilung 250/14 vom 3. Dezember 2014), oder der deutschen Botschaft in der Ukraine –, und welche derzeitigen fiskalischen oder sonstigen Einschränkungen des ukrainischen Atomaufsichtsvollzugs sind der Bundesregierung bekannt?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

10. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Sieht die Bundesregierung ihre von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie dem damaligen Chef des Bundeskanzleramtes Ronald Pofalla im internationalen Geheimdienst- und Überwachungsskandal wiederholt betonte rote Linie „Auf deutschem Boden gilt deutsches Recht“ bzw. „Recht und Gesetz werden in Deutschland – nach Angaben der NSA und des britischen Nachrichtendienstes – eingehalten“ (vgl. Pressestatement von Ronald Pofalla vom 12. August 2013 auf www.bundesregierung.de und Zitat der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 15. Juli 2014 unter www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spaeh-ffaere-auf-deutschem-boden-gilt-deutsches-recht/8503624.html) durch die bekannt gewordene, weitreichende Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) und der US-amerikanischen National Securi-

ty Agency (NSA) auch vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung eingeräumten „Defizite“ beim BND und den gefundenen „Selektoren“ nunmehr überschritten, und wenn nein, warum nicht?

11. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was ist das Ergebnis der von der Bundesregierung in Aussicht gestellten (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Günter Krings auf meine Schriftliche Frage 28 auf Bundestagsdrucksache 18/2671) Prüfung der Frage, ob die von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie dem ehemaligen Chef des Bundeskanzleramtes Ronald Pofalla im internationalen Geheimdienst- und Überwachungsskandal wiederholt betonte rote Linie „Auf deutschem Boden gilt deutsches Recht“ bzw. „Recht und Gesetz werden in Deutschland – nach Angaben der NSA und des britischen Nachrichtendienstes – eingehalten“ (vgl. Pressestatement von Ronald Pofalla vom 12. August 2013 auf www.bundesregierung.de und Zitat der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 15. Juli 2014 unter www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spaeh-affaere-auf-deutschem-boden-gilt-deutsches-recht/8503624.html) noch Bestand hat?

12. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)

Inwieweit vertritt die Bundesregierung nach wie vor die Auffassung des ehemaligen Kanzleramtsministers Ronald Pofalla (CDU), der Vorwurf der flächendeckenden Ausspähung Deutscher insbesondere gegen die Geheimdienste der USA seien entkräftet, es gäbe „in Deutschland keine millionenfache Grundrechtsverletzung“ (www.zeit.de/politik/deutschland/2013-08/nsa-bnd-pofalla-bundestag-spaehaffaere-snowden-abkommen), vor dem Hintergrund, dass zumindest der US-amerikanische Geheimdienst NSA in Kooperation mit dem Bundesnachrichtendienst nun auch europäische Unternehmen und Politiker bespitzelt haben soll, was dem Bundeskanzleramt seit 2008 bekannt gewesen sein soll (www.zeit.de/digital/datenschutz/2015-04/bundesnachrichtendienst-spionage-nsa-bundesregierung)?

13. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bestätigt die Bundesregierung, dass die Einspeisung von Selektoren zu den Themen europäischer Unternehmen und Politiker durch den US-Geheimdienst NSA in Dateien des BND (SPIEGEL ONLINE vom 23. und 29. April 2015) gegen deutsche Interessen verstößt, weil sie deutsches Recht und Vereinbarungen zwischen den USA und Deutschland verletzt, und welche Konsequenzen zog bzw. zieht die

Bundesregierung daraus nach der Ankündigung der Bundeskanzlerin, vollständig aufzuklären (SPIEGEL ONLINE vom 27. April 2015)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

14. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Unterstützung, insbesondere die Beratungstätigkeit im Einzelnen, leistete der Mitarbeiter des BND „K. H.“ von 2007 bis 2011 für die Bremer Beluga-Reederei bei Rüstungsexporten in die Krisengebiete Nordsudan, Kongo, Tansania und Myanmar, die Gegenstand des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Bremen seit 2011 wegen Beihilfe zum Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz zum Aktenzeichen 7703 Js 303/11 ist, und wie rechtfertigt die Bundesregierung die Weigerung des BND, auf das Ersuchen der Staatsanwaltschaft und des Generalbundesanwalts vom Frühjahr 2013 den Klarnamen des beschuldigten BND-Mitarbeiters zu nennen (Radio Bremen vom 22. April 2013)?
15. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann ist nach Einschätzung der Bundesregierung mit der Vorlage der Stellungnahme des Europäischen Gerichtshofes zum EU-Singapur-Abkommen zu rechnen, und hält die Bundesregierung es für möglich, dass das EU-Kanada-Abkommen CETA noch vor der Vorlage dieser Stellungnahme in eine nächste Stufe des politischen Prozesses geht (z. B. Paraphierung bzw. Beginn des Ratifizierungsprozesses)?
16. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Zeitplan der Bundesregierung zur Vorlage der Erweiterung des 6. Energieforschungsprogramms, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung im Hinblick auf unternommene konkrete Schritte und festgehaltene Ergebnisse?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

17. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus einem Auftritt dreier Minister der Regierung von Präsident Juan Orlando Hernández in Honduras, die die Oppositionspartei LIBRE sowie ein Bündnis von Menschenrechtsgruppen, die im Vorfeld der Universal Periodic Review des UN-Menschenrechtsrates einen alternativen und kritischen Bericht über die Menschenrechtssituation in dem mittelamerikanischen Land erarbeitet haben, eine „perverse und tendenziöse Intrige“ unterstellten sowie bedrohten, und hält die Bundesregierung diese Art von Politik für geeignet, Rechtsstaatlichkeit in Honduras herzustellen (Quelle: www.elheraldo.hn/pais/829588-331/grupos-pretenden-sabotear-examen-peri%C3%B3dico-universal)?
18. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist der Bundesregierung die Forderung der Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“ und der Jüdischen Gemeinde von Thessaloniki an die Deutsche Bahn AG und ihre Eigentümerin bekannt, die verzinsten Fahrtkosten für die Massendeportationen aus Griechenland nach Auschwitz und Treblinka in vollem Umfang, ohne Umwege und unverzüglich an die Jüdische Gemeinde von Thessaloniki zurückzuerstatten, und inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass das staatseigene Unternehmen Reichsbahn mit der ihr angegliederten Spedition Schenker von den Opfern und deren Vertretungskörperschaften mindestens 2,3 Mio. Reichsmark einnahm, was nach heutiger Kaufkraft und einschließlich der seit 1943 aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 2,5 Prozent einem kumulierten Gesamtbetrag von 89 455 280 Euro entspräche (www.zug-der-erinnerung.eu/presse/pm2.html)?
19. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, ob der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, bei seinem Besuch in München am 27. April 2015 am Grab des Antisemiten und Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera Blumen niederlegte (<http://de.sputniknews.com/politik/20150427/302096922.html>), und inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung laut dem polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski zu, dass das vom ukrainischen Parlament am 9. April 2015 verabschiedete Gesetz, das die ehemaligen Mitglieder der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der nationalistischen Aufstandarmee UPA – die im Jahr 1943 die Massaker an der polnischen Bevölkerung in Wolhynien begingen – als

Unabhängigkeitskämpfer eingestuft und ihnen gesetzlich weite Sozialpräferenzen gewährt hat, den Dialog mit der Ukraine über die polnisch-ukrainische Geschichte verhindert (www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/bronislaw-komorowski-gosciem-kropki-nad-i,535828.html)?

20. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung hinsichtlich ihrer Geheimdienstkooperation mit den USA aus der am 23. April 2015 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates fast einstimmig verabschiedeten Resolution zu Einsätzen bewaffneter Drohnen, in der die Mitgliedstaaten und Beobachter des Europarates aufgerufen werden, „gezielte Tötungen“ der USA nicht durch Informationsweitergabe zu unterstützen bzw. diese Politik der Geheimdienstkooperation zu überprüfen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung hinsichtlich der US-Relaisstation in Ramstein aus der Resolution, die auch das Gewährlassen des Betriebs von Sendeanlagen für die Steuerung völkerrechtswidriger US-Drohnenangriffe über Kontinente hinweg kritisiert und ein Artikel-52-Verfahren im Rahmen der Menschenrechtskonvention vorschlägt, um Berichte anzufordern, ob Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland durch eine derartige Unterstützung der USA das Recht auf Leben verletzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

21. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung hinsichtlich ihrer geplanten, umfangreichen Polizeikooperation mit Ägypten auch im Bereich der Verhinderung unerwünschter Migration (meine Schriftliche Frage 3/183) aus Berichten, wonach das ägyptische Strafgesetzbuch dahin gehend geändert werden könnte, dass mit der Todesstrafe bestraft werden kann, wer für das Ertrinkenlassen einer anderen Person verantwortlich gemacht wird (The Cairo Post vom 26. April 2015), und welche Details kann die Bundesregierung zum Termin und Programm des Staatsbesuchs des ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi in Deutschland mitteilen?

22. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Speicherungen wurden als Folge der durchgeführten Überprüfung infolge der Kritik des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit an der Zentraldatei „Politisch motivierte Kriminalität – links-Zentralstelle“ („PMK-links-Z“) sowie an anderen Zentraldateien gelöscht (bitte jeweils betroffene Datei, Zahl der betroffenen Personen sowie personengebundenen Hinweise und Betroffenheitskategorien angeben; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 41, Plenarprotokoll 18/99)?
23. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Nach welchen Kriterien wurden die betroffenen Personen über ihre rechtswidrig erfolgte Speicherung unterrichtet, und welche rechtlichen Möglichkeiten stehen ihnen im Nachhinein zur Verfügung, um gegen diese Speicherung bzw. die aus ihr womöglich erwachsenen Folgen (etwa Veranlassung weiterer polizeilicher Maßnahmen) vorzugehen?
24. Abgeordneter
**Hubertus
Zdebil**
(DIE LINKE.)
- Unter Mitwirkung welcher „mehrerer Mitgliedstaaten“ wurden die „Best Practices“ zur Führung von Informanten nach Kenntnis der Bundesregierung erarbeitet und zwischenzeitlich mehrfach aktualisiert (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/4657), und worin bestehen aus Sicht der Bundesregierung die empfindlichsten Aspekte von verdeckten Maßnahmen (verdeckte Ermittlungen und Einschleusen von Informantinnen und Informanten) in jenen Kriminalitätsfeldern, „bei denen von einem besonderen Maß an Konspiration, Gemeenschädlichkeit und Gewaltbereitschaft ausgegangen werden muss“?
25. Abgeordneter
**Hubertus
Zdebil**
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben kann das Bundesministerium des Innern (BMI) dazu machen, inwiefern es verhältnismäßig oder von einschlägigen Befugnissen gedeckt sein soll, wenn das Bundeskriminalamt (BKA) den Telekommunikationsprovider Telefonica Germany dazu auffordert, seinen gesamten Datenstrom zu filtern, um einen einzigen Nutzer des nicht in Deutschland betriebenen Instant-Messaging-Dienstes ICQ mit einer bestimmten Accountkennung aufzuspüren (<https://ptrace.fefe.de/39bdfc5d56f01f9d8b859d13b3d7f091/telefonica-dpi-icq.txt>), und welche Angaben kann das BMI dazu machen, in welcher Häufigkeit bzw. in welchem Umfang auch andere Telekommunikationsanbieter dazu aufgefordert werden, für Ermittlungen des BKA ihren gesamten Datenstrom zu filtern, um ein-

zelne Accounts von Chatprogrammen ausfindig zu machen und dadurch das Kommunikationsverhalten der Nutzerinnen und Nutzer zu analysieren?

26. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Straftaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Strafverfolgungsbehörden bundesweit seit der Demonstration der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) am 24. Oktober 2014 in Köln bis heute registriert, bei denen Täter und Tatverdächtige dem Spektrum der HoGeSa oder anderen extrem rechten Hooligan- und Fanzusammenschlüssen oder der Kategorie „Gewalttäter Sport“ zugeordnet werden?
27. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Gewalttaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Strafverfolgungsbehörden bundesweit seit der Demonstration der HoGeSa am 24. Oktober 2014 in Köln bis heute registriert, bei denen Täter und Tatverdächtige dem Spektrum der HoGeSa oder anderen extrem rechten Hooligan- und Fanzusammenschlüssen oder der Kategorie „Gewalttäter Sport“ zugerechnet werden?
28. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erwägt die Bundesregierung Änderungen des § 18c des Aufenthaltsgesetzes insbesondere dahin gehend, dass in Zukunft auch qualifizierte Arbeitsuchende ohne Hochschulabschluss eine solche Aufenthaltserlaubnis beantragen können und Inhaberinnen und Inhaber einer solchen Aufenthaltserlaubnis die Erwerbstätigkeit während der Arbeitsuche generell gestattet wird, um ihnen die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts zu ermöglichen, angesichts dessen, dass der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration in seinem Jahresgutachten 2015 die Einführung dieser Aufenthaltserlaubnis ausdrücklich lobt (S. 7), sich die Erteilung solcher Aufenthaltserlaubnisse bislang aber auf einem sehr niedrigen Niveau bewegt (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 26 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/2887, S. 14), und wenn nein, inwiefern hält die Bundesregierung die bestehenden Regelungen des Arbeitsmigrationsrechts für ausreichend, um für die Herausforderungen des demografischen Wandels auch in Zukunft gewappnet zu sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordnete
**Katrin
Kunert**
(DIE LINKE.)
- Unter welchen Voraussetzungen muss die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bei begründeten Beschwerden zur Kraftfahrthaftpflicht- und Kaskoversicherung aufsichtsrechtliche Maßnahmen einleiten, und aus welchen Gründen waren diese Voraussetzungen bei den 20 Prozent begründeten Beschwerden in den Jahren 2010 bis 2014 nicht gegeben (siehe Plenarprotokoll 18/99, Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 7)?
30. Abgeordnete
**Katrin
Kunert**
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen haben Versicherungen, obwohl die Beschwerden zur Kraftfahrthaftpflicht- und Kaskoversicherung, laut BaFin unbegründet waren, aus Kulanz eine Regulierung vorgenommen, und wie bewertet die Bundesregierung dies unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Interessen der Versicherungsgemeinschaft bzw. der „Wahrung des kollektiven Verbraucherschutzes“ (siehe Plenarprotokoll 18/99, Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 7)?